

## **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD**

### **Stärkung der Jugendverbandsarbeit – Rahmenkonzept entwickeln**

Jugendverbände sind wichtige außerschulische Lernorte für Bremer Kinder und Jugendliche. Sie bieten ihnen selbstbestimmte Handlungsräume und ermöglichen das Erlernen von Demokratie, Selbstorganisation und Verantwortungsübernahme. Für Mädchen, Jungen und queere Jugendliche sind die Angebote der Jugendverbandsarbeit ein wichtiger Teil der Angebote, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, analog zur offenen Jugendarbeit. Durch die Übernahme von Verantwortung für sich, aber auch für andere, erfahren die jungen Menschen Rückmeldungen zu ihrer Selbstwirksamkeit. Die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit kann so stark begleitet und unterstützt werden.

Um die Jugendverbandsarbeit in Bremen zu stärken, wurden bereits 2018 die Rahmenrichtlinien zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Land und in der Stadtgemeinde Bremen überarbeitet. Zudem wurde 2020 eine Erhöhung der konsumtiven Haushaltsmittel im Vergleich zum Vorjahr 2019 vorgenommen. Um die konzeptionelle Weiterentwicklung der Jugendverbandsarbeit zu gewährleisten, ist es wichtig, diese zukunftsfähig zu gestalten. Ziel ist, gemeinsam mit den Jugendverbänden in Bremen ein Rahmenkonzept Jugendverbandsarbeit zu entwickeln, das analog zum Rahmenkonzept der offenen Jugendarbeit Zielsetzungen, Aufgabenstellungen und fachliche wie personelle Qualitätsstandards innerhalb der Jugendverbandsarbeit herausarbeitet und Umsetzungsschritte definiert. So kann zukünftig auch in diesem Zusammenhang eine inhaltliche Weiterentwicklung stattfinden, die auf die aktuellen jugendpolitischen Fragen und Bedarfe der Jugendlichen eingeht.

Das Jugendverbandskonzept soll eine transparente Grundlage für die Förderung von Jugendverbänden in Bremen bieten und die Vielfalt der Verbandslandschaft mit den unterschiedlichen Organisationsstrukturen und Verbandszielen sowie die unterschiedlichen Förderbedarfe der Verbände berücksichtigen. Hierfür ist es wichtig, dass auf Verbandsebene bereits vorhandene Verbandsprofile weiter hervorgehoben werden. Die Kooperationen zwischen den Jugendverbänden und dem Bremer Jugendring als Dachverband sollen durch den Weiterentwicklungsprozess zukünftig gestärkt und gefördert werden.

Auf Basis des Rahmenkonzepts kann im Anschluss über die finanzielle Ausstattung der Jugendverbandsarbeit seitens der Stadt und der differenzierten Verteilung der Mittel auf die einzelnen Jugendverbände verhandelt werden. Dabei ist sicherzustellen, dass auch überwiegend ehrenamtliche Angebote finanziell mindestens auf dem bisherigen Niveau abgesichert werden. Angestrebt wird eine so auskömmliche Finanzierung der Jugendverbandsarbeit seitens der Stadt, dass auch die bislang überwiegend ehrenamtlich organisierten Verbände – zur Sicherstellung von Professionalität und Kontinuität – in die Lage versetzt werden, sich hauptamtliche Begleitung und Unterstützung finanziell leisten zu können.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, ein „Rahmenkonzept Jugendverbandsarbeit“ zu erstellen. Unter Hinzuziehung externer Begleitung soll das Konzept in einem beteiligungsorientierten Prozessformat unter Einbeziehung des Bremer Jugendrings gemeinsam mit den Verbänden erarbeitet werden und zur Festlegung qualitativer und struktureller Rahmenbedingungen Aussagen treffen. Das Rahmenkonzept soll insbesondere folgende Handlungsfelder herausarbeiten:
  - a) Zielsetzung der Jugendverbandsarbeit in der Stadtgemeinde Bremen,
  - b) Entwicklung von Leitlinien für die Angebotsstruktur der Jugendverbandsarbeit, insbesondere mit Bezug auf Selbstorganisation, Selbstbestimmung, Partizipation, politische und transkulturelle Bildung, Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und Teilhabe,
  - c) Überarbeitung fachlicher und personeller Qualitätsstandards,
  - d) Definition von Kriterien für die Förderung der Angebote,
  - e) Definition von Umsetzungsschritten,
  - f) Umsetzung der Angebote in der Stadt.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat weiter auf, das „Rahmenkonzept Jugendverbandsarbeit“ unter kontinuierlicher Einbeziehung und Beteiligung des Jugendhilfeausschusses zu erstellen und der Stadtbürgerschaft spätestens bis März 2022 vorzulegen.

Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und  
Fraktion DIE LINKE

Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und  
Fraktion der SPD